

Antrag 36/I/2026**UBV HVL****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt****Für eine gerechte Reform der Vermögensteuer – Vermögen fair besteuern, Brandenburgs Handlungsfähigkeit stärken**

1 Die SPD Brandenburg unterstützt die Bundes-SPD
2 aktiv bei ihrem Bestreben nach einer Reform der Ver-
3 mögensteuer.
4 Ziel dieser Reform muss es sein,
5 • große Vermögen künftig stärker und wirksa-
6 mer zu besteuern,
7 • bestehende Schlupflöcher, Privilegien und
8 Verrechnungsmöglichkeiten – insbesondere
9 bei der Vererbung großer Unternehmensver-
10 mögen – konsequent zu schließen.
11 Die SPD Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die
12 Vermögensteuer wieder stärker zu mehr Steuerge-
13 rechtigkeit beiträgt und ihrer sozialpolitischen Len-
14 kungswirkung gerecht wird.
15 Da die Einnahmen aus der Vermögensteuer den Län-
16 dern zufließen, soll die Reform ausdrücklich auch
17 dazu beitragen, die Einnahmesituation des Landes
18 Brandenburg zu verbessern und damit die finansi-
19 elle Handlungsfähigkeit sowie die politischen Ge-
20 staltungsspielräume der Landesregierung zu stär-
21 ken – insbesondere für Investitionen in Bildung, In-
22 frastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge.

23

24

25 Begründung

26 Die Vermögensungleichheit in Deutschland nimmt
27 weiter zu. Der Schweizer Großbank UBS zufolge le-
28 ben in Deutschland mehr Milliardär*innen als in je-
29 dem anderen europäischen Land. Im Jahr 2025 ist
30 das Vermögen dieser Gruppe gegenüber dem Vor-
31 jahr um 145,9 Milliarden US-Dollar auf insgesamt
32 692,1 Milliarden US-Dollar angewachsen. Demge-
33 genüber steht der mittlere Haushalt in Deutschland,
34 dessen Vermögen lediglich einen verschwindend
35 geringen Bruchteil dieses Reichtums ausmacht.
36 Derzeit werden sehr hohe Vermögen bislang un-
37 terproportional besteuert. Eine Studie des Netz-
38 werks Steuergerechtigkeit (NWSG) zeigt, dass ein
39 Durchschnittspaar mit einem Bruttoeinkommen
40 von 110.000 Euro eine Steuer- und Abgabenquote
41 von rund 43 Prozent trägt, während die Familie ei-
42 nes Muster-Millionärs mit einem Einkommen von

Beschlusslage 77/I/2025

43 1,6 Millionen Euro lediglich mit etwa 24 Prozent be-
44 lastet wird.
45 Erbschaften und Vermögen tragen insgesamt nur
46 rund 1,1 Prozent zum Steueraufkommen bei, wäh-
47 rend die Lohn- und Mehrwertsteuer mit jeweils et-
48 wa 30 Prozent den Großteil der öffentlichen Einnah-
49 men sichern. Eine kleine Minderheit kann so im-
50 mer mehr privaten Reichtum anhäufen, während
51 die breite Mehrheit mit maroden Schulen, bröckeln-
52 der Infrastruktur und unzureichend finanzierten öf-
53 fentlichen Leistungen konfrontiert ist.
54 Eine Auswertung des NWSG zu 45 Großerb*innen
55 zeigt, dass diese im Jahr 2024 Vermögen in Höhe
56 von fast 12 Milliarden Euro erbten, darauf jedoch im
57 Durchschnitt lediglich 1,5 Prozent Steuern zahlten.
58 Dem Staat entgingen durch diese Privilegien Steu-
59 ereinnahmen in Höhe von rund 3,4 Milliarden Eu-
60 ro. Riesige Vermögen werden damit nahezu steuer-
61 frei weitergegeben, während die breite Bevölkerung
62 deutlich höhere effektive Steuersätze trägt.